

22.11.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 17/3300 und 17/4100 -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzen

Berichterstatter

Abgeordneter Ralf Witzel

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 20 wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 22.11.2018/Ausgegeben: 26.11.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Entwurf des Einzelplans 20 wurde vom Haushalts- und Finanzausschuss am 4. Oktober 2018 (Anhörung), in der Haushaltsklausur 26./27. September 2018, in der Sitzung am 8. November 2018 (Auswertung der Anhörung) und in der Sitzung am 22. November 2018 beraten.

Als zusätzliche Beratungsunterlage stand der Einführungsbericht des Ministers der Finanzen zum Einzelplan 20 - Vorlage 17/1046 - zur Verfügung.

Die Beratungen zu diesem Bereich des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss sind in dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2019 - Drucksache 17/4400 - dargestellt.

B Ergebnisse des Berichterstattergesprächs

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 20 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 17/1368.

C Abschließende Beratung im Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen

Der Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen hat das Kapitel 20 640, Sondervermögen, in sich in seiner Sitzung am 7. November 2018 abschließend beraten. Dieses Kapitel wurde dort mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD und der Fraktion der AfD unverändert angenommen. Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Das Ergebnis der Beratungen ist auch der Vorlage 17/1363 zu entnehmen.

D Abschließende Beratung im Unterausschuss Personal

Der Unterausschuss Personal hat in seiner Sitzung am 20. November 2018 die personalrelevanten Teile des Einzelplans 20 beraten und abgestimmt. Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der personalrelevante Teil wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD-Fraktion unverändert angenommen. Hierzu wird auf die Vorlage 17/1420 verwiesen.

E Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Zu den abschließenden Beratungen zur Vorbereitung der 2. Lesung am 22. November 2018 im Haushalts- und Finanzausschuss lagen drei Änderungsanträge der Fraktionen von CDU/FDP, acht Änderungsanträge der Fraktion der SPD und fünf Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Die Abstimmungsergebnisse und das Abstimmungsverhalten ergeben sich aus dem Anhang. Dort befindet sich auch der Schlusssummenantrag zum Ausgleich des Haushalts.

F Bereinigungsbeschluss

Der gefasste Bereinigungsbeschluss ist auch in der Beschlussempfehlung zum Haushaltsgesetzestext, Drucksache 17/4400, im Wortlaut wiedergegeben:

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 22. November 2018 zur Vorbereitung der 2. Lesung im Plenum mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der AfD-Fraktion folgenden Bereinigungsbeschluss **einstimmig gefasst**:

„Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts ggf. den Ansatz bei Kapitel 20 020 Titel 371 10 - Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans - zu verändern.

Die vom Ministerium der Finanzen nach der Sitzung des HFA als Anlagen zu unseren Beschlussempfehlungen beizufügenden Veränderungsnachweise sind insoweit verbindlich für die 2. Lesung, als sie die Beschlusslage der HFA-Sitzung unter Berücksichtigung dieses Bereinigungsbeschlusses wiedergeben.“

G Ausgleich des Haushalts

Durch die Veränderung in den Haushaltsansätzen ergab sich eine Veränderung des Haushaltsvolumens. Die Veränderung des Haushaltsvolumens ist in der Drucksache 17/4400 dargestellt. Der Haushalt war nach den zuvor gefassten Beschlüssen zu Änderungsanträgen in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Ein gesonderter Beschluss über den Haushaltsausgleich war daher nicht erforderlich.

H Abstimmung, Ergebnis

In der Schlussabstimmung wurde der Einzelplan 20 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD in der zuvor geänderten Fassung **angenommen**.

Martin Börschel
Vorsitzender

Anhang: 3 Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
8 Änderungsanträge der Fraktion der SPD
5 Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums
Änderungen in den Haushaltsansätzen

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
	CDU FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 359 00 Entnahmen aus allgemeiner Rücklage</p> <p>Erhöhung des Ansatzes 2019</p> <p>von 0 Euro um 150.000.000 Euro auf 150.000.000 Euro</p> <p>Ansatz lt. HH 2018 0 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage dient der Deckung</p> <p>a) von zusätzlichen asyl- und integrationspolitischen Maßnahmen i.H.v. 100 Mio. Euro im Geschäftsbereich des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (Einzelplan 07) und</p> <p>b) von Maßnahmen i.H.v. 50 Mio. Euro, die die Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit zum Gegenstand haben, im Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Einzelplan 11).</p>	<p>angenommen</p> <p>CDU ja SPD nein FDP ja GRÜNE nein AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 20 020 Titel 462 20</p> <p style="text-align: center;">Allgemeine Bewilligungen Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2019</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>von -200.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 250.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf -450.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">-433.000.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Globale Minderausgabe für Personal wurde im vorliegenden Haushaltsentwurf um 233 Millionen Euro abgesenkt, während die Landesregierung sie zeitgleich im Nachtragshaushalt 2018 aufgrund der vielen unbesetzten Stellen im Land um 128 Millionen Euro erhöht. In der Haushaltsanhörung wurde unter anderem durch die DStG auf eine zu erwartende Entwicklung der Personalausgaben hingewiesen, die eine Absenkung der GMA im vorgelegten Haushaltsentwurf nicht rechtfertigen. Da sich die Rahmenbedingungen für die Gewinnung zusätzlichen Personals auch im Jahr 2019 nicht grundlegend ändern werden, ist eine Erhöhung der Globalen Minderausgaben notwendig, um ein realistisches Szenario der Personalausgabenentwicklung abzubilden und damit die Prinzipien von Haushaltswahrheit und –klarheit zu befolgen.</p>	2019	Ansatz lt. HH 2018	von -200.000.000 Euro		um 250.000.000 Euro		auf -450.000.000 Euro	-433.000.000 Euro	<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	ja
2019	Ansatz lt. HH 2018																				
von -200.000.000 Euro																					
um 250.000.000 Euro																					
auf -450.000.000 Euro	-433.000.000 Euro																				
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 529 00 Unterstützung aufgrund der Unterstützungsgrundsätze</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2019</td> <td style="text-align: center;">2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Aus diesem Titel wurden im letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit dieser Ansatz abgesetzt.</p>		2019	2018	von	500.000 Euro	500.000 Euro	um	500.000 Euro		auf	- Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enthaltung
	2019	2018																							
von	500.000 Euro	500.000 Euro																							
um	500.000 Euro																								
auf	- Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	Enthaltung																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p>Kapitel 20 020 Titel 461 10</p> <p>Allgemeine Bewilligungen Zur Verstärkung der Ansätze für die Personalausgaben bei Titeln der Obergruppe 41, 43, 44 und 45 in den Einzelplänen, zur Verstärkung von Ansätzen bei Titeln der Hauptgruppe 6 in den Versorgungskapiteln der Einzelpläne sowie nach Maßgabe der Vermerke Nr. 5-7 zur Verstärkung der Ansätze für Zuschüsse an Landesbetriebe, Hochschulen und Universitätsklinken</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;">2019</th> <th style="text-align: center;">2018</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">91.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">91.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">91.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Begründung: Dieser Titel ist in den letzten Jahren nie in Anspruch genommen worden, sondern immer in die Globale Minderausgabe geflossen.</p> <p>Daher scheint eine Absenkung des Ansatzes sachgerecht und dient der Haushaltsklarheit.</p>		2019	2018	von	91.000.000 Euro	91.000.000 Euro	um	91.000.000 Euro		auf	0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tbody> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </tbody> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
	2019	2018																							
von	91.000.000 Euro	91.000.000 Euro																							
um	91.000.000 Euro																								
auf	0 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Neuer Titel Titel 462 40 Minderausgaben für Personalausgaben in den Ministeriumskapitel aller Einzelpläne</p> <p>Haushaltsvermerk: Der Minderausgabe ist in den Kapiteln 02 010, 03 010, 04 010, 05 010, 06 010, 07 010, 08 010, 09 010, 10 010, 11 010, 12 010 sowie 14 010 zu erwirtschaften.</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;">2019</th> <th style="text-align: center;">2018</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">27.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">-27.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Begründung: Mit dem Haushaltsentwurf 2019 sind alleine in den Ministeriumskapitel 55 neue Stellen vorgesehen. Somit hat diese Landesregierung seit Regierungsantritt im Saldo 452 Stellen geschaffen. Dies entspricht fast zwei ganzen Ministerien.</p> <p>Da auch bisher keine Angaben gemacht wurden, wie die 139 Regierungsstellen aus dem Nachtrag gegenfinanziert werden sollen, obwohl es Minister Lienenkämper angekündigt hat, soll dieser Titel dazu</p>		2019	2018	von	-	-	um	27.500.000 Euro		auf	-27.500.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tbody> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </tbody> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	ja
	2019	2018																							
von	-	-																							
um	27.500.000 Euro																								
auf	-27.500.000 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	ja																								

		dienen, den geschätzten Betrag der Hälfte der Stellen zu erwirtschaften. Da die Stellen zumeist der höheren Besoldungsgruppen angehören, scheint der Betrag von 27,5 Mio. € realistisch, ohne das es zu Qualitätsverlusten bei der politischen Arbeit kommt.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2018**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 517 00 Zur Verstärkung der Ansätze bei Titeln der Gruppe 517 in den Einzelplänen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2019</td> <td style="text-align: center;">2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit dieser Ansatz abgesetzt.</p>		2019	2018	von	5.000.000 Euro	5.000.000 Euro	um	5.000.000 Euro		auf	- Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enthaltung
	2019	2018																							
von	5.000.000 Euro	5.000.000 Euro																							
um	5.000.000 Euro																								
auf	- Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	Enthaltung																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 518 10 Zur Verstärkung der Ansätze bei den Titeln 518 01 und 518 04 in den Einzelplänen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2019</td> <td style="text-align: center;">2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit dieser Ansatz abgesetzt.</p>		2019	2018	von	500.000 Euro	500.000 Euro	um	500.000 Euro		auf	- Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enthaltung
	2019	2018																							
von	500.000 Euro	500.000 Euro																							
um	500.000 Euro																								
auf	- Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	Enthaltung																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 529 00 Zur Verstärkung der in den Einzelplänen vorgesehenen Ansätze für Verfügungsmittel der Ministerpräsidentin, der Ministerinnen und Minister</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2019</td> <td style="text-align: center;">2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit dieser Ansatz abgesetzt.</p>		2019	2018	von	100.000 Euro	100.000 Euro	um	100.000 Euro		auf	- Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enthaltung
	2019	2018																							
von	100.000 Euro	100.000 Euro																							
um	100.000 Euro																								
auf	- Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	Enthaltung																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	SPD	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 531 00 Zur Verstärkung der in den Einzelplänen vorgesehenen Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2019</td> <td style="text-align: center;">2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Aus diesem Titel wurden in den letzten Jahren keine Mittel abgerufen. Deshalb wird aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit dieser Ansatz abgesetzt.</p>		2019	2018	von	3.000.000 Euro	3.000.000 Euro	um	3.000.000 Euro		auf	- Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enthaltung
	2019	2018																							
von	3.000.000 Euro	3.000.000 Euro																							
um	3.000.000 Euro																								
auf	- Euro																								
CDU	nein																								
SPD	ja																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	Enthaltung																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	SPD	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 971 00 Globale Mehrausgaben</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2019</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2018</td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>7.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">-</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>7.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>In den Vorjahren wurde dieser Titel nie ausgeschöpft. Daher sind die 7 Mio. € entbehrlich.</p>	2019		2018		Von	7.000.000 Euro	-		um	7.000.000 Euro			auf	0 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	ja
2019		2018																											
Von	7.000.000 Euro	-																											
um	7.000.000 Euro																												
auf	0 Euro																												
CDU	nein																												
SPD	ja																												
FDP	nein																												
GRÜNE	ja																												
AfD	ja																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 20 030 Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</p> <p>Titel 613 14 Aufwands-/Unterhaltungspauschale gem. Paragraph 16 Abs. 6 GFG 2019</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2019</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>von 120.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">-</td> </tr> <tr> <td>um 120.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Eine entsprechende Anpassung des GFG ist von der Landesregierung kurzfristig vorzulegen.</p> <p>Begründung: Angesichts laufender erheblicher Investitionsprogramme sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene ist ein weiteres Fördervolumen zwar wünschenswert, aber kaum umsetzbar. Daher ist eine landesseitige Vorfestlegung dieser Mittel durch einen Zügel des Landes nicht sinnvoll. Vor Ort kann viel genauer entschieden werden, wofür das Geld sinnvoll ausgegeben werden muss. Außerdem führt die Konstruktion im GFG 2019 dazu, dass gerade finanzschwächeren Kommunen wichtige Mittel für Investitionen und zur Sanierung fehlen. In der Anhörung zum</p>	2019	Ansatz lt. HH 2018	von 120.000.000 Euro	-	um 120.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
2019	Ansatz lt. HH 2018																				
von 120.000.000 Euro	-																				
um 120.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				

		<p>GFG wurde sehr deutlich, dass die bestehenden Disparitäten zwischen finanzstärkeren und finanzschwächeren Kommunen z.B. bei ausgebliebenen Investitionen, Höhe der Steuersätze und weiteren Parametern noch verschärft würden. Sollte die Landesregierung ihrerseits weiteren Investitionsbedarf und vor allem Umsetzungsmöglichkeiten sehen, ist dies durch zusätzliches Landesgeld zu finanzieren und nicht den Kommunen im Rahmen des GFG von den Schlüsselzuweisungen abzuziehen.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
	GRÜNE	<p>Kapitel 20 030 Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</p> <p>Titel 634 10 Zuweisungen an das Sondervermögen „Stärkungspaktfonds“ für Konsolidierungshilfen an pflichtig teilnehmende Gemeinden</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2019</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>von 350.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 62.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 288.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">350.000.000 Euro</td> </tr> </table> <p style="text-align: center;">sowie</p> <p>Titel 634 20 Zuweisungen an das Sondervermögen „Stärkungspaktfonds“ für Konsolidierungshilfen an auf Antrag teilnehmende Gemeinden</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2019</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>von 144.789.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 62.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 82.789.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">174.789.000 Euro</td> </tr> </table>	2019	Ansatz lt. HH 2018	von 350.000.000 Euro		um 62.000.000 Euro		auf 288.000.000 Euro	350.000.000 Euro	2019	Ansatz lt. HH 2018	von 144.789.000 Euro		um 62.000.000 Euro		auf 82.789.000 Euro	174.789.000 Euro	<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enthaltung	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enthaltung
2019	Ansatz lt. HH 2018																												
von 350.000.000 Euro																													
um 62.000.000 Euro																													
auf 288.000.000 Euro	350.000.000 Euro																												
2019	Ansatz lt. HH 2018																												
von 144.789.000 Euro																													
um 62.000.000 Euro																													
auf 82.789.000 Euro	174.789.000 Euro																												
CDU	nein																												
SPD	Enthaltung																												
FDP	nein																												
GRÜNE	ja																												
AfD	Enthaltung																												

	<p>Begründung: Die Reduzierung der beiden Ansätze dient zur Gegenfinanzierung der Streichung der gem. §2 Abs. 3 Stärkungspaktgesetz zu erbringenden Komplementärmittel für Konsolidierungshilfen in Höhe von 124 Millionen Euro. Diese Maßnahme ist nötig, da bislang von der Landesregierung zwar finanzstarke Kommunen wie Monheim und Düsseldorf einseitig von der Finanzierung des Stärkungspaktfonds befreit wurden, andere, finanzschwächere Kommunen aber über den Vorwegabzug beim GFG weiterhin zur Finanzierung herangezogen werden. Die Reduzierung der Zuweisungen zum Stärkungspaktfonds stellt keine Kürzung der Konsolidierungshilfen für die beteiligten Kommunen dar, sondern ergibt sich aus den ab 2017 durch den Abbau der Konsolidierungshilfen freiwerdenden Stärkungspaktmittel. Laut Evaluationsbericht der Landesregierung zur zweiten Stufe des Stärkungspaktes beläuft sich diese Summe insgesamt auf 1,06 Mrd. Euro, für das Jahr 2019 werden rd. 334 Mio. Euro frei. Diese Mittel sollen daher allen Kommunen zugutekommen und über einen Verzicht auf den Vorwegabzug über das GFG 2019 weder zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Für die Änderungen der „Zuweisungen an das Sondervermögen „Stärkungspaktfonds“ für Konsolidierungshilfen an pflichtig teilnehmende Gemeinden“ wird die Landesregierung aufgefordert, eine entsprechende Anpassung des Stärkungspaktgesetzes vorzunehmen.</p>	
--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	GRÜNE	<p>Kapitel 20 030 Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</p> <p>Berechnung des Steuerverbundes 2019</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left; width: 50%;">2019</th> <th style="text-align: right; width: 50%;">Ansatz lt. HH 2018</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von 11.997.952.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 124.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 12.121.952.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">11.669.324.900 Euro</td> </tr> </tbody> </table> <p>Begründung: Die Landesregierung hat bei der Finanzierung des Stärkungspaktfonds in einem ersten Schritt nicht etwa die besonders steuerschwachen Kommunen entlastet, sondern die nachhaltig abundanten Kommunen wie Monheim und Düsseldorf. Allein Monheim wird mit einem zweistelligen Millionenbetrag entlastet. Anstatt aber diese Maßnahme mit Landesgeld zu hinterlegen wurde einfach die Zuführung zum Stärkungspakt um über 90 Millionen Euro pro Jahr gekürzt. Insofern erhöht sich der kommunale Anteil an der Finanzierung des Stärkungspaktes deutlich. Anstatt also die strukturschwächeren Städte und Gemeinden zu entlasten werden diese auch in diesem Jahr noch mit 124 Millionen Euro zur Finanzierung des Stärkungspaktes herangezogen. Diese Schieflage muss nunmehr mit Mitteln des Landes</p>	2019	Ansatz lt. HH 2018	von 11.997.952.400 Euro		um 124.000.000 Euro		auf 12.121.952.400 Euro	11.669.324.900 Euro	<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tbody> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </tbody> </table>	CDU	nein	SPD	Enthaltung	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enthaltung
2019	Ansatz lt. HH 2018																				
von 11.997.952.400 Euro																					
um 124.000.000 Euro																					
auf 12.121.952.400 Euro	11.669.324.900 Euro																				
CDU	nein																				
SPD	Enthaltung																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	Enthaltung																				

		<p>kompensiert werden. Dies ist wäre ein wesentlicher Schritt die Situation gerade jener Kommunen zu verbessern, die über vergleichsweise niedrigere Steuereinnahmen verfügen und gleichzeitig mit höheren Sozial- und Zinsausgaben belastet sind. Dem müssten weitere bei der Veränderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes folgen.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	GRÜNE	<p>Kapitel 20 030 Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</p> <p>[neu] Zuweisungen an das Sondervermögen „Unwetterfonds“ für die Unterstützung von von Unwettern betroffenen Kommunen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2019</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">25.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">25.000.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> </table> <p>Begründung: Unwetterereignisse wie Starkregen werden in Zukunft deutlich häufiger und intensiver auftreten und besonders finanzschwache Kommunen in unserem Land vor enorme Probleme stellen. Die Landesregierung ist daher aufgefordert, die Bemühungen für eine klimafreundliche und ressourcenschonende Politik zu intensivieren. Die Kommunen dürfen mit den Folgen der dramatischen Wetterkatastrophen nicht alleine gelassen werden, sondern brauchen eine schnelle, unbürokratische und verlässliche Hilfe zur Beseitigung von Schäden und zur zügigen Wiederherstellung ihrer Infrastruktur. Daher wird ein Unwetterfonds als Sondervermögen des Landes eingerichtet, aus dem betroffene Kommunen Mittel zur Beseitigung von Unwetterschäden erhalten können. Die Ausstattung erfolgt anwachsend zur Hälfte aus Mitteln des</p>	2019		Ansatz lt. HH 2018	von	-		um	25.000.000 Euro		auf	25.000.000 Euro	-	<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enthaltung
2019		Ansatz lt. HH 2018																							
von	-																								
um	25.000.000 Euro																								
auf	25.000.000 Euro	-																							
CDU	nein																								
SPD	nein																								
FDP	nein																								
GRÜNE	ja																								
AfD	Enthaltung																								

		Landes und zur anderen Hälfte aus einer kommunalen Umlage i. H. v. 25 Millionen Euro/ Jahr und ist bei einem Volumen von 200 Millionen Euro gedeckelt.	
--	--	--	--

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2019**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																						
	CDU FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 371 10 Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2019</td> <td style="width: 30%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2018</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">339.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">917.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">183.100 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">522.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Erhöhung des Ansatzes erfolgt zum Ausgleich des Haushalts in Einnahmen und Ausgaben.</p>		2019	Ansatz lt. HH 2018	von	339.000 Euro	917.100 Euro	um	183.100 Euro		auf	522.100 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table> <p><i>(Schlusssummen- antrag)</i></p>	CDU	ja	SPD	ja	FDP	ja	GRÜNE	ja	AfD	ja
	2019	Ansatz lt. HH 2018																							
von	339.000 Euro	917.100 Euro																							
um	183.100 Euro																								
auf	522.100 Euro																								
CDU	ja																								
SPD	ja																								
FDP	ja																								
GRÜNE	ja																								
AfD	ja																								

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2019

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

Der nachfolgende Veränderungsnachweis basiert auf den Haushaltsansätzen bzw. den Stellenplänen und Stellenübersichten des Haushaltsentwurfs 2019 einschließlich der Ergänzungsvorlage (Drucksache 17/4100).

Veränderungsnachweis

Haushaltsplan

der allgemeinen Finanzverwaltung

für das Haushaltsjahr

2019

Kapitel 20 020
Allgemeine Bewilligungen
Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)			

20 020

Allgemeine Bewilligungen
E i n n a h m e n
Übrige Einnahmen

359 00	851	Entnahmen aus allgemeiner Rücklage.	—	+150 000 000	150 000 000
371 10	881	Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans.	339 000	+183 100	522 100
Gesamteinnahmen Kapitel 20 020.			4 449 656 500	+150 183 100	4 599 839 600

Veränderungsnachweis

Kapitel 20 650
Schuldenverwaltung

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
Funkt.- Kennziffer				

20 650

Schuldenverwaltung

A u s g a b e n

Schuldendienst

575 10	831	Zinsen für Kreditmarktmittel.	2 435 000 000	-22 500 000	2 412 500 000
Gesamtausgaben Kapitel 20 650.			2 471 472 000	-22 500 000	2 448 972 000

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2019 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2019 EUR
	Gesamteinnahmen	66 180 027 000	+150 183 100	66 330 210 100
	Gesamtausgaben	17 060 643 900	-22 500 000	17 038 143 900
	Verpflichtungsermächtigungen	147 680 400	—	147 680 400

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2019	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2019
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	—	—	—
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9	—	9
	Summe	9	—	9